Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.56 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Fernsprecher Nr. 4.

Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰, Reklametto-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.

Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.

Für tel. Aufgr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 96. | Freitag den 26. April 1929. | 87. Jahrgang.

Deutschland.

Vom Finanzausschuß des Landtags.

Stuttgart, 24. April. Die Beratungen wurden heute bei Kap. 2 Titel 2 fortgesetzt. Bei Titel 12 stellte Berichterstatter Heymann den Antrag auf Streichung der Mittel für die Gesandtschaft in München. Die Abgeordneten Dr. Hieber und Fischer beantragten, die Münchener Gesandtschaft als „künftig wegfallend" zu erklären. Staatspräsident Dr. Bolz bat, bis auf weiteres den Münchener Gesandtschaftsposten nicht zu streichen. Die württembergische Gesandtschaft in Berlin habe von allen Gesandtschaften am wenigsten Personal. Seitens des kommunistischen Vertreters wurde beantragt, sämtliche Gesandtschaften zu streichen. Ein Zentrumsredner besprach die Bedeutung der Berliner Gesandtschaft und die vielseitigen Arbeiten der württembergischen Vertreter. Ein Redner des Bauernbunds trat für die Aufrechterhaltung der Münchener Gesandtschaft ein. Unter Ablehnung aller anderen Anträge wurde der Antrag Dr. Hieber mit 10 gegen 6 Stimmen angenommen. (Dafür stimmten 4 Soz., 2 Dem., 1 Ztr., 1 Volksp., 1 Christl. V., 1 Bürgerp.). Die Kapitel 2—4 wurden angenommen. Hierauf wurde mit der Beratung des Etats des Innenministeriums begonnen. Berichterstatter Pollich gab einen Ueberblick über verschiedene Beamteneingaben und deren wesentlichen Inhalt. Minister Dr. Bolz empfahl, die Erörterung über die Beamteneingaben mit der Beratung des Etats des Finanzministeriums zu verbinden. Ein Zentrumsantrag ersuchte, zu veranlassen, daß bei der Neubearbeitung der Klassentafel die Versicherungsbeiträge der 4. Klasse bei der Gebäudebrandversicherungsanstalt auf die frühere Höhe zurückgesetzt werden. Ein Regierungsvertreter sprach sich gegen den Antrag aus. Hinsichtlich des Brandunglücks von Schwaigern wurde mitgeteilt, daß die finanziellen Grundlagen für den Wiederaufbau inzwischen geschaffen worden sind. Der Berichterstatter beantragte die dem Finanzausschuß überwiesenen Anträge betr. das Brandunglück von Schwaigern als durch die Erklärung der Regierung für erledigt zu erklären. Ein Zentrumsredner begründete den Antrag betr. die Beiträge zur Gebäudebrandversicherungs-Anstalt eingehend; ein Redner des Bauernbunds behandelte die Verhältnisse in Schwaigern. Präsident Aichele von der Wohnungskreditanstalt machte Mitteilungen über eine Eingabe des württ. Mietervereins. Die Vorbereitungen hinsichtlich des Geldaufbringens für Schwaigern stünden vor dem Abschluß. Zurzeit seien die Beamten der Wohnungskreditanstalt überlastet. Minister Dr. Bolz gab Aufschluß über die Finanzlage der Gebäudebrandversicherungsanstalt; Vermögensansammlungen größeren Stils fänden nicht statt. Der Vorsitzende regte an, die Anträge betr. Schwaigern zurückzustellen, bis der endgültige Finanzierungsplan feststeht. Der Ausschuß trat dem bei. Weitere Eingaben wurden durch die Erklärung der Regierung für erledigt erklärt. (Mietervereine usw.). Der Zentrumsantrag (Gebäudebrandversicherungsbeiträge) wurde mit einer Abänderung angenommen. Weiterhin wurde folgender Antrag Heymann und Gen.: Die Kosten der unständig beschäftigten, aber zur Erledigung der laufenden Arbeiten dauernd benötigten Hilfskräfte aus diesem Titel auszuscheiden und besonders aufzuführen, mit 8 gegen 5 Stimmen angenommen. Das Kap. 13 wurde ohne wesentliche Aenderung (Titel 1—15) verabschiedet. Bei Kap. 14 (Bezirksverwaltung) begründete ein sozialdemokratischer Redner einen Antrag betr. die Zusammenlegung von Oberamtsbezirken und einen weiteren Antrag, der von der Zuständigkeit der Ausstellung von Papieren betr. die Staatsangehörigkeit handelt. Minister Bolz gab Aufschluß über die Zahl der höheren Beamten bei den Oberämtern. Der Minister nahm in Sachen der Oberamtsaufteilung auf seine Ausführungen im Landtag Bezug; im übrigen denke er daran, durch die Uebertragung gesetzlicher Pflichtaufgaben die Oberämter zu Ersparnismaßnahmen und zur Neuorganisation eventuell zu zwingen. Daran schloß sich eine allgemeine Aussprache über diese Fragen. Die Abstimmung hatte folgendes Ergebnis: Der sozialdemokratische Antrag auf Vorlegung des Entwurfs einer Neueinteilung der Oberamtsbezirke, in dem auf die Veränderungen in den Wirtschafts- und Verkehrsverhältnissen des Landes entsprechend Rücksicht genommen wird und die Gesamtzahl der Oberamtsbezirke zum Zweck der Steigerung der Leistungsfähigkeit der einzelnen Bezirke eine wesentliche Verminderung erfährt, wurde mit 10 gegen 4 Stimmen des Bauernbundes, bei 2 Enthaltungen (1 Ztr., 1 Chr. V.D.) angenommen. Der weitere sozialdemokratische Antrag, die Zuständigkeit der Behörden in Staatsangehörigkeitsfragen in dem Sinne zu ordnen, daß die großen und die mittleren Städte zur selbständigen Ausstellung von Papieren, die die Staatsangehörigkeit betreffen, ermächtigt werden, wurde mit 10 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen. Schließlich wurde noch Kapitel 14 genehmigt. Die nächste Sitzung findet am Donnerstag nachmittag statt.

Städtebund und Städtetag.

Oberndorf a. N., 24. April. Am letzten Samstag tagte hier der Städtetag des Schwarzwaldkreises, um zu einer wichtigen Organisationsfrage Stellung zu nehmen, dem weiteren Ausbau des württembergischen Städtebunds als einheitlichen Landesverbands der Städte und größeren Gemeinden Württembergs und Hohenzollerns mit weniger als 10 000 Einwohnern. Der Württ. Städtebund, sich zusammenschließend aus den 4 Kreisstädtetagen, besteht schon seit 1922 und ist mehrfach aus Anlaß der Bearbeitung von Gesetzesvorlagen in Tätigkeit getreten. Bei seinem jetzigen Ausbau handelt es sich vor allem darum, neben dem Vorsitzenden einen arbeitsfähigen Vorstand zu bestellen, der ständig alle die Städte und städteähnlichen Landgemeinden unter 10 000 Einwohnern berührenden gemeinsamen Fragen bearbeiten, die gemeinsamen Interessen dieser Gemeinden nach außen vertreten und die Oeffentlichkeit über wichtige, die Städtebundsgemeinden jeweils berührenden Fragen unterrichten soll. Der Vorsitzende des Schwarzwaldkreisstädtetags, Stadtschultheiß Carl-Metzingen, leitete die Beratung mit einem eingehenden Vortrag ein, der durch den Geschäftsführer des Württ. Städtetags, Dr. Frank-Stuttgart, ergänzt wurde. In einer lebhaften Aussprache wurde volle Einmütigkeit erzielt. Das bisherige Verhältnis zum Württ. Städtetag soll künftig aufrecht erhalten werden und es sollen alle Fragen, die dem Württ. Städtetag und dem Württ. Städtebund gemeinsam sind, nach wie vor gemeinsam behandelt werden. Die Geschäftsstelle des Württ. Städtetags ist zugleich auch die Geschäftsstelle des Württ. Städtebunds. Für die Fragen, die Sonderangelegenheiten der Städte und größeren Landgemeinden unter 10 000 Einwohnern sind, tritt der Württ. Städtebund auch nach außen selbständig auf. Das Ziel ist der Anschluß an den Reichsstädtebund als Spitzenorganisation. Die gelegentlichen Zusammenkünfte innerhalb der Kreise zum Zweck der zwanglosen Aussprache über Fragen der Praxis sollen beibehalten werden. Der Württ. Städtebund wird künftig die Brücke zwischen Württ. Städtetag und Württ. Gemeindetag bilden und es ist wünschenswert, daß in möglichst vielen Fragen ein einmütiges Zusammenarbeiten sämtlicher württ. Gemeinden stattfindet. Man erhofft durch diese Aenderung eine wirksamere Vertretung der Interessen der Städtebundsgemeinden, durch die rund 400 000 Einwohner Württembergs zusammengefaßt werden.

„Graf Zeppelins" Mittelmeerfahrt.

Friedrichshafen, 25. April. Nach den in den ersten Morgenstunden beim Luftschiffbau Zeppelin eingelaufenen Standort-Meldungen von Bord des „Graf Zeppelin" befand sich das Luftschiff um 4 Uhr kurz vor Barcelona. Um 5 Uhr lief folgender Funkspruch ein: „Haben Barcelona verlassen mit Kurs auf Nizza." Um 6 Uhr lief beim Luftschiffbau folgende Standortmeldung ein: „Zeppelin über San Sebastian mit Kurs auf Marseille." Ein weiterer Funkspruch von Bord des „Graf Zeppelin" meldet: „In etwas verlangsamter Nachtfahrt entlang der spanischen Küste und vorüber an hunderten hellen spanischen Häfen und Städten erreichten wir um 4½ Uhr bei dämmerndem Morgen das lichtergläuzende Barcelona. Passagiere schlafen noch friedlich, wurden soeben für Barcelona geweckt. Wetter schön und ruhig."

London, 25. April. „Times" berichtet folgende Einzelheiten über den Besuch des „Graf Zeppelin" in Tanger: „Es herrschte wundervolles Wetter, als gestern nachmittag gegen 5 Uhr das deutsche Luftschiff über der Stadt erschien. Da es in geringer Höhe fuhr und einige Zeit über der Stadt kreiste, konnte es von allen ausgezeichnet gesehen werden. Für die Mehrheit der eingeborenen Bevölkerung war das Luftschiff eine Sensation, die sie erfreute. Man erzählt aber auch, daß viele ältere Eingeborene ihrem Mißfallen darüber Ausdruck gaben, daß Menschen es unternehmen, sich in Regionen zu begeben, die Gott vorbehalten bleiben sollten."

Schädigung Bayerns durch die Wasserversorgung Stuttgarts.

Abgeordnete der Bayerischen Volkspartei haben im bayerischen Landtag eine parlamentarische Anfrage eingebracht, in der darauf hingewiesen wird, daß zum Zweck der Wasserversorgung der Stadt Stuttgart vor kurzem seitens der württembergischen Staatsregierung die nur ein paar Kilometer von der bayerischen Landesgrenze entspringende Hauptquelle des Egan-Flusses, eines linksseitigen Nebenflusses der Donau, angekauft wurde. Wenn diese Quelle dem Flusse entzogen würde, dann sei mit einer gewaltigen Schädigung von einer Anzahl auf bayerischem Gebiet liegenden Triebwerken zu rechnen. Die Egan gilt auch als eines der besten Forellenwasser Bayerns. Diese Forellenfischerei, welche teilweise Eigentum des bayerischen Staates sei, würde durch den Entzug des oben erwähnten Quellwassers vernichtet. Auch gäre die Wasserversorgung einiger bayerischer Gemeinden gefährdet. Die Staatsregierung wird schließlich befragt, ob sie bereit sei, zum Schutze der Beteiligten mit der württembergischen Regierung ins Benehmen zu treten.

Eine bedeutsame Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts.

Leipzig, 24. April. Eine für das gesamte Wirtschaftsleben bedeutungsvolle Entscheidung ist am Mittwoch vom Reichsarbeitsgericht in Leipzig getroffen worden. Der Zimmerer Meyer war bei einer Baufirma in Altona beschäftigt. Auf der Baustelle waren 9 andere Zimmerer in Arbeit, die aber mit dem unorganisierten Meyer nicht zusammenarbeiten wollten. Die Belegschaft war wiederholt an Meyer herangetreten, um ihn zu veranlassen, sich zu organisieren. Als Meyer dies ablehnte, forderte die Belegschaft vom Arbeitgeber die fristlose Entlassung dieses Arbeiters. Für den Fall der Nichterfüllung dieser Forderung wurde mit Streik gedroht. Meyer wurde entlassen. Er klagte auf Schadenersatz gegen die Belegschaft, durch deren Druck seine Entlassung herbeigeführt wurde. Das Arbeitsgericht und das Landesarbeitsgericht in Altona haben auf Schadenersatz erkannt. Hiergegen haben die angeklagten Arbeiter, die Mitglieder des Baugewerksbundes sind, und die auch von ihrer Organisation vertreten wurden, die Revision eingelegt. Das Reichsarbeitsgericht hat diese Revision aber als unbegründet zurückgewiesen. Die beklagten Arbeiter hätten durch ihr Verhalten den Kläger bewußt brotlos gemacht und müßten deshalb auch für den Schaden aufkommen, der dem Kläger durch dieses Verhalten verursacht worden sei.

Zwei Milliarden Fahrgäste bei der Reichsbahn.

Berlin, 24. April. Die Reichsbahn hat im vergangenen Jahr rund 2 Milliarden Personen befördert, darunter fast 400 Millionen allein im Vorortverkehr von Berlin und Groß-Hamburg. Zwar ist die durchschnittliche Beförderungsmenge etwas zurückgegangen, dennoch ist die Beförderungsziffer des letzten Vorkriegsjahres, auf das heutige Reichsgebiet umgerechnet, recht erheblich in die Höhe gegangen. Dieser Rekordbeförderung kommt eine außenpolitische, in erster Linie reparationspolitische Bedeutung zu. Schon vor einigen Tagen erschienen in der französischen Presse Andeutungen darüber, daß binnen kurzem der Wohlstandsindex des Dawesplanes in Kraft treten würde, der sich auch auf Grund der Verkehrsziffern der Reichsbahn errechnet. Offenbar ist in Frankreich diese Reichsbahnbilanz vorzeitig bekannt geworden, so daß man sie noch benutzen konnte, um damit die Stimmung gegen unsere Reparationsangebote zu vergiften. **Die Benutzung der Reichsbahn durch 2 Milliarden Fahrgäste in einem Jahr kann aber so lange nicht von unseren Gläubigerstaaten ihren Wohlstandsberechnungen zu Grunde gelegt werden, solange nicht die Einnahmen dieses Verkehrsinstituts entsprechend gestiegen sind.** Es ist ja schon längst kein Geheimnis, daß die Reichsbahn sich in ernsten finanziellen Schwierigkeiten befindet und wiederholt Ausschau nach Anleihen gehalten hat, um wenigstens die dringendsten Verbesserungen im Betrieb vornehmen zu können. Da es bis heute nicht möglich war, Kredite flüssig zu machen, mußte die Reichsbahn ihre Aufträge drosseln, aber auch die Lohnforderungen ihrer Arbeiter ablehnen, und das trotz der kürzlich vorgenommenen Hinaufsetzung der Tarife und des Wegfalls von 2 Wagenklassen. — Auch dieses Beispiel zeigt wieder einmal, daß bloße Zahlen über unsere Wirtschaftslage nicht als Beweismaterial herangezogen werden können. Man muß sie schon genau untersuchen, um dann allerdings sehr bald festzustellen, daß der Schein trügt und daß es um die finanzielle Lage namentlich unserer verpfändeten Unternehmen wesentlich anders steht, als es in der Presse der Alliierten stets behauptet wird.

Strafantrag im Jorns-Prozeß.

Berlin, 24. April. In dem Prozeß gegen den Redakteur des „Tagebuch", Bernstein, wegen Verleumdung des Reichsanwalts Jorns beantragte Staatsanwaltschaftsrat Derpenthal heute gegen Bernstein eine Geldstrafe von 1000 Mark. Der Staatsanwalt führte aus, Reichsanwalt Jorns habe bei der Untersuchung im Falle Liebknecht-Luxemburg vielleicht manche unzweckmäßige Maßnahme getroffen, eine Begünstigung der Mörder oder eine Rechtsbeugung habe ihm aber in keinem Falle nachgewiesen werden können. Nachdem der Staatsanwalt den Antrag gestellt hatte, rief im Zuschauerraum ein Mann: Die Staatsanwaltschaft schützt die Mörder! Der Rufer wurde der Polizei übergeben. Das Urteil ist am Freitag zu erwarten.

Urteil im Spritweberprozeß.

Berlin, 24. April. Nach 4½wöchiger Dauer ging gestern vor der Großen Strafkammer des Landgerichts III die Berufungsverhandlung wegen der Spritschiebungen des Simke-Konzerns zu Ende. Damit ist das Kapitel der Spritschiebungen um die Brüder Heinrich und Hermann Weber in Moabit abgeschlossen. Der Simke-Konzern war einer der Hauptlieferanten, die die Weber-Betriebe mit hinterzogenem Sprit versorgten. Durch das Urteil der Berufungsinstanz wurden die gegen die Teilnehmer an den Schiebungen des Simke-Konzerns vom Schöffengericht festgesetzten Strafen erheblich herabgesetzt, zum Teil erfolgten Freisprechungen. Gegen die Brüder Simke wurde unter Einbeziehung der gegen sie im großen Spritweberprozeß erkannten und rechtskräftig gewordenen Strafen wegen Beamtenbestechung gleichzeitig mit ihrer jetzigen Verurteilung wegen Monopolbetrugs eine Gesamtstrafe von einem Jahr 6 Monaten für Robert Simke und einem Jahr 2 Monaten für Leopold Simke verhängt. Die Angeklagten Fuhrmann und Dubois, sowie der Oberzollinspektor v. Tilly erhielten an Stelle der früheren Gefängnisstrafen Geldstrafen von 600, 400 und 500 Mark. Die in der ersten Instanz zu Gefängnis verurteilten Zollbeamten Krohn, Oelrich und Jordan wurden freigesprochen. Gegen Major a. D. Bunt, jetzt Vortragender Rat im Reichswehrministerium, der in erster Instanz wegen Beihilfe zu einem Monat Gefängnis und Geldstrafe verurteilt wurde, war am Tage vor der Urteilsverkündung bereits das Verfahren wegen Geringfügigkeit des Vergehens eingestellt worden. Voraussichtlich wird gegen das Berufungsurteil in der Spritweberaffäre von keiner Seite Revision eingelegt werden, so daß damit die ganzen Spritschieberprozesse erledigt sein dürften.

Ausland.

Die Transfer-Krise ist da!

Paris, 25. April. Während es gestern nachmittag im Hotel Georg V. sehr still herging, wurden am Sitz der Reparations-Kommission in der Rue de Tilsit wichtige Verhandlungen gepflogen, die sich auf die Durchführung des Dawesplanes bezogen. Auf Veranlassung des Reparationsagenten Parker Gilbert hielt der auf Grund des Dawesplanes geschaffene Transferausschuß, der darüber zu wachen hat, daß die Dawes-zahlungen nicht zu einer neuen Gefährdung der deutschen Währung führen, eine Sitzung ab. Der Zusammentritt des Transferausschusses war seit langem vorgesehen, jedoch gewinnen seine Verhandlungen während der kritischen Phase der Reparationskonferenz eine besondere Bedeutung. Parker Gilbert legte ein ausführliches Exposé über die gegenwärtige Situation der Reichsbank vor, wobei er besonders darauf hinwies, daß sich seit Beginn des Jahres die Golddeckung der Reichsbank um über eine Milliarde Goldmark verringert hat. Besonders in den letzten Tagen während der Krise der Reparationskonferenz hat diese Verringerung des Goldbestandes ein sehr scharfes Tempo angenommen. Der Reparationsagent wies darauf hin, daß das Minimum der Golddeckung, nämlich 2400 Millionen Goldmark, bald erreicht sei, wenn sich die Leitung der Reichsbank nicht entschließe, eine Erhöhung des Diskonts vorzunehmen. Schon heute betrage der Goldbestand nur noch 2500 Millionen. Ein Zurückgehen auf das Minimum

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

von 2400 Millionen würde eine schwere kritische Situation schaffen und die Gefahr eines Zusammenbruchs wäre in unmittelbare Nähe gerückt, so daß die im Dawesplan vorgesehenen Transferschutzbestimmungen zur Anwendung gelangen müßten. Diese Feststellungen des Reparationsagenten rechtfertigen vollkommen die in dem deutschen Memorandum zum Ausdruck gekommene Befürchtung, daß es nur eine Frage der Zeit sei, wann die Schutzbestimmungen des Dawesplans in Wirksamkeit gesetzt werden müssen. Natürlich versucht die französische Presse den Spieß umzudrehen. Sie erhebt gegen Dr. Schacht die unsinnigsten Anschuldigungen. Er habe wissentlich und mit Ueberlegung den Abfluß des Goldbestandes der Reichsbank gefördert, um die Durchführung des Dawesplanes zu verhindern. Der offiziöse „Petit Parisien" bemerkt, Dr. Schacht spiele mit dem Feuer, indem er die finanzielle Zukunft seines Landes gefährde. Seine „Manöver" hätten den einzigen Zweck, die deutsche These von der Zahlungsunfähigkeit zu stützen und die Gläubiger Deutschlands in Verlegenheit zu bringen. Diese seien jedoch der Hüter des Dawesplans und hätten die Macht und die Pflicht, solchen schädlichen Quertreibereien ein Ende zu machen. Der „Matin" fordert den Reichskanzler auf, einzuschreiten und die Situation zu retten. Das „Echo de Paris" schreibt: „Die Ausländer ziehen bereits die in Deutschland angelegten kurzfristigen Gelder zurück. Wenn die verantwortlichen Behörden nicht auf der Hut sind, werden die Deutschen selbst infolge der Manöver Dr. Schachts sich veranlaßt sehen, ihre Kapitalien ins Ausland zu bringen. Denn sie haben den Verfall der Vorkriegsmark noch nicht vergessen. Wir werden einem neuen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft beiwohnen. Es ist für die Reichsregierung höchste Zeit, den Phantasien Dr. Schachts ein Ende zu bereiten. Denn wenn es einmal zu einer Panik kommt, kann nichts mehr den Untergang aufhalten." Wie man sieht, nimmt die Hetze der französischen Presse gegen Dr. Schacht allmählich groteske Formen an.

Gegenaktion für Leon.

Paris, 25. April. Kriegsminister Painlevé empfing gestern den Generalinspektor Toubert, der vor einigen Tagen mit der Untersuchung der Vorfälle im Hospital Chalons-sur-Marne beauftragt worden war. Im Anschluß an diese Unterredung wird der Presse zur Kenntnis gebracht, daß bereits seit einiger Zeit ein Disziplinarverfahren gegen Oberst Leon im Gange ist. Die Vorgesetzten Leons hatten den Kriegsminister ersucht, den Obersten zum Rücktritt zu nötigen. Die Akten wurden der zuständigen Stelle im Kriegsministerium zur Begutachtung überwiesen, die jedoch zu dem Schluß kam, man könne eine derartige Maßnahme gegen Leon nicht in Anwendung bringen. Painlevé hielt sich jedoch nicht an diese Auffassung, sondern schickte, wie dies in solchen Fällen üblich ist, das Aktenmaterial Leon zu, um ihm die Möglichkeit zu geben, selbst seinen Rücktritt zu verlangen. Freilich wird im Kriegsministerium betont, daß in diesen Akten nur von geringfügigen Vergehen, wie Nachlässigkeit, ungerechtfertigtes Fernbleiben vom Dienst und so weiter die Rede sei. Ueber die Grausamkeiten des Obersten und seine unmenschliche Behandlung kranker Soldaten verhält man sich noch immer sehr diskret. Ja, man beginnt, ähnlich wie bei dem Skandal wegen der Grippefälle bei der Rheinarmee, eine Gegenaktion, wobei man diejenigen, die den Skandal aufdeckten, antimilitaristischer Gesinnung bezichtigt. Mit dieser Methodik erzielt man in Frankreich noch immer große Erfolge.

Reparationsfoederungen der Balkanstaaten.

London, 25. April. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet: Die griechische, die rumänische und die südslawische Regierung haben kürzlich dem Reparations-Sachverständigen-Ausschuß in Paris Schriften zugestellt, in denen ihre Standpunkte in der Reparationsfrage auseinandergesetzt wurden. Jede der Regierungen hat eine Erhöhung ihres prozentualen Anteiles an den deutschen Reparationen gefordert mit der Begründung, daß die österreichischen, ungarischen und bulgarischen Reparationszahlungen ausgeblieben seien.

Aus Stadt und Bezirk.

(Wetterbericht.) Die nördliche Depression ist mehr nach Süden vorgerückt. Für Samstag und Sonntag ist immer noch unbeständiges, zeitweilig bedecktes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 24. April. (Gemeinderatssitzungen vom 16. und 22. April.) Nach eingehender Beratung werden vom Gemeinderat die Gebühren des Totengräbers mit sofortiger Wirkung auf 10 RM. für das Grab eines Erwachsenen und 5 RM. für das Grab eines Kindes festgesetzt. Die Gebühren werden wie seither vom Totengräber unmittelbar bei den Beteiligten erhoben. — Auf Grund des Berichtes des Ortsbaumeisters über seine Besprechung beim Bauamt für das öffentliche Wasserversorgungswesen in Stuttgart beschließt der Gemeinderat den für die hiesige Wasserversorgungsanlage erforderlichen zweiten Hochbehälter mit einem Fassungsvermögen von 645 cbm zu erstellen. — Entsprechend der Verordnung des Innenministeriums vom 28. Februar d. J. werden die Gebühren für Schlachtvieh- und Fleischbeschau mit Wirkung vom 1. April 1929 ab neu geregelt. — Ueber die am 4. d. M. in Calw stattgefundene Tagung des Gemeindeverbandes Elektrizitätswerk Teinach erstatten der Ortsvorsteher und die Gemeinderäte Vester und Aymar Bericht. — Als Vorauszahlungen auf die Gemeindeumlage für das Rechnungsjahr 1929 wird der seitherige Betrag mit 24 Prozent der Kataster erhoben. — Der Gemeinderat erteilt Zustimmung zu den Vereinbarungen des Ortsbaumeisters über die mietweise Inanspruchnahme von Räumlichkeiten im Neubau Oelschläger in der Zeppelinstraße und im Gemeindehaus Hauptstraße 9 als Schullokale bis zur Erstellung der neuen Schulsäle in den seitherigen Lehrerdienstwohnungen im alten Schulhaus. — Die Lieferung eines Schlammwagens für die Reinigung der Ortskanalisation wird dem Schlossermeister Christian Förschler hier um sein Angebot übertragen. — Zum Zwecke der Instandhaltung der alten Pforzheimerstraße werden von dem Schotterwerk Zorn in Eutingen 10 cbm Flickschotter bezogen. — Den Oberlehrern Eisenhardt und Glauner, die am Schenckweg Neubauten erstellen, wird die Genehmigung zum Anschluß an die Ortswasserleitung unter Festsetzung der üblichen Gebühren erteilt.

+ **Calmbach**, 25. April. Eugen Köhle, Sohn des Pflästermeisters Köhle in Calmbach, legte am 22. d. M. vor dem Gesellenprüfungsausschuß der Handwerkskammer Reutlingen in Nagold die Gesellenprüfung mit der Note 8 (recht gut) ab. Es ist dies die höchste Note, die gegeben wird, und die auch nur bei hervorragenden Leistungen verliehen wird. Wir beglückwünschen den Prüfling und den Vater, der sein Lehrmeister war, zu diesem glänzenden Erfolg und hoffen, daß der junge Mann mit gleichem Eifer und Erfolg fortschreiten möge.

Württemberg.

Rutesheim, OA. Leonberg, 25. April. (Bluttat.) Eine blutige Szene spielte sich gestern abend bei der Haltestelle ab. Als der in der Nähe der Haltestelle wohnende Gastwirt Binder zur Bahn gehen wollte, wurde er von seinem Nachbar, Schreiner Brenner, überfallen und durch mehrere Messerstiche lebensgefährlich verletzt. In schwer verletztem Zustand wurde Binder mit dem Sanitätsauto nach Leonberg ins Bezirkskrankenhaus verbracht. Der Täter flüchtete in den Wald. Trotz eifriger Nachforschung konnte er von der Landjägermannschaft noch nicht festgenommen werden. Die beiden Nachbarn lagen schon längere Zeit miteinander in Streit. Schon früher gab es Tätlichkeiten, bei denen Binder von Brenner auch verletzt wurde.

Stuttgart, 25. April. (Dienstregelung am 1. Mai 1929.) Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Nach der Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 26. April 1924 (Staatsanzeiger vom 28. April 1924 Nr. 95) ist am 1. Mai der Dienst bei den Staatsämtern und in den staatlichen Betrieben wie an Werktagen auszuüben. Beamte, Angestellte und Arbeiter, die an diesem Tag dem Dienst oder der Arbeit fern bleiben wollen, haben rechtzeitig bei ihrem Vorgesetzten um Dienstbefreiung nachzusuchen. Solchen Anträgen ist zu entsprechen, soweit die notwendige Fortführung der Geschäfte nicht in Frage gestellt wird. Die bewilligte Freizeit ist bei Beamten und Angestellten auf den Erholungsurlaub anzurechnen. Das gleiche kann auf Wunsch bei Arbeitern geschehen. Wird von diesen nicht um Anrechnung auf den Erholungsurlaub nachgesucht, so wird für die versäumte Arbeitszeit kein Lohn gewährt.

Stuttgart, 25. April. (Fluchtversuch.) Der 26 Jahre alte Untersuchungsgefangene Max Reble von Gaisburg machte heute früh, als er vom Untersuchungsgefängnis zum Gericht geführt werden sollte, einen Fluchtversuch, der durch einige Straßen führte, aber schließlich damit endigte, daß er von seinen Verfolgern gefaßt und zurückgebracht wurde. Reble ist ein gefährlicher Bursche. Er hat sich wegen eines Einbruchsdiebstahls zu verantworten. In Rottweil hat er früher auch einmal einen Fluchtversuch unternommen und dabei einen Justizwachtmeister zu Boden geschlagen. Wegen dieser und anderer Missetaten hat er, seinerzeit vom Schwurgericht Rottweil 5 Jahre Gefängnis erhalten.

Stuttgart, 25. April. (Raubüberfall.) Gestern abend kurz vor 7 Uhr erschien in einem Kolonialwarengeschäft der oberen Rotebühlstraße ein jüngerer Mann, der alsbald, ohne ein Wort zu sprechen, auf eine allein im Laden anwesende ältere Frau aus einer Scheintodpistole einen Schuß abgab. Auch einen auf die Hilferufe der Frau hinzugekommenen Mitbewohner bedrohte der Räuber mit seiner Waffe und drängte sich hinter den Ladentisch, um die Kasse zu berauben. Dies mißlang jedoch, da noch weitere Personen aufmerksam geworden waren, worauf der Täter alsbald die Flucht ergriff. Ein jüngerer Verwandter der Ueberfallenen konnte ihn dann nach längerer Verfolgung durch die Straßen des westlichen Stadtteils stellen und der Polizei übergeben. Es handelt sich um den ledigen, 24 Jahre alten Hilfsarbeiter Herman Bub aus München, der dort zuletzt Vertreter einer Uhrenfirma war und sich nach Unterschlagung der ihm anvertrauten Musterkollektion vergangenen Freitag nach Stuttgart begeben hat. Seitdem war Bub hier ohne Beschäftigung und wurde zuletzt auch mittellos.

Fellbach, 25. April. (Der Einbruch im Postamt.) Die Nachricht von dem Ableben der Frau des Postmeisters, die bei dem Einbruch im Postamt schwer zu Fall gekommen ist, stellt sich als ein Irrtum heraus. Der Zustand der Frau ist aber immer noch bedenklich.

Tübingen, 25. April. (Versuchte Brandstiftung.) Das Schwurgericht hat die 49 Jahre alte Ehefrau Wilhelmine des Strafanstaltswachtmeisters Hornung in Rottenburg wegen versuchter Brandstiftung und Versicherungsbetrugs zu einem Jahr Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Angeklagte betrieb einen Laden für Strumpf- und Strickwaren. Das Geschäft ging schließlich schlecht. Am 9. Februar legte sie mit Hilfe von Petroleum einen Brand in den Laden. Der Brand wurde aber bald entdeckt und es entstand nur ein Schaden von einigen hundert Mark. Laden und Wohnung waren zusammen mit 50 000 Mark versichert. Der Konkurs, in den die Angeklagte gekommen war, ergab für die bevorrechtigten Gläubiger nur 3 bis 4 Prozent.

Tübingen, 25. April. (Meineid.) Das Schwurgericht hat den 21 Jahre alten ledigen Schuhmacher Otto Proß von Gültlingen, OA. Nagold, wegen Meineids in einem Unterhaltsprozeß zu einem Jahr Gefängnis, ferner den 21 Jahre alten ledigen Schmied Karl Holzinger, ebenfalls von Gültlingen wegen Anstiftung zum Meineid zu 1½ Jahren Zuchthaus verurteilt. Beiden Angeklagten wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf 2 Jahre aberkannt.

Ulm, 25. April. (Undank.) Einer über 60 Jahre alten Rentnerin hier, die aus Mitleid einer 25 Jahre alten Hilfsarbeiterin kostenlos Unterkunft auf mehrere Wochen gegeben hatte, wurde von dieser ihre ganze Barschaft von mehreren hundert Mark gestohlen. Die Diebin ist verhaftet.

Heidenheim, 25. April. (Eigenartiger Angriff.) In der Memmingerstraße ereignete sich in der Nacht zum Montag ein aufregender Zwischenfall. Ein zurzeit hier arbeitender Textilreisender wurde auf dem Heimweg an der Kreuzung der Markt- und Memmingerstraße von einem gewissen O. M. aus Landshausen, der hier in Arbeit steht, mit dem Revolver bedroht. Auf eine Entfernung von etwa 30 Meter suchte er die Waffe abzudrücken, die jedoch glücklicherweise versagte. Der Ueberfallene, der sich den Grund dieses sonderbaren Benehmens nicht erklären konnte, versuchte, dem Rowdie die Waffe abzunehmen. Bei dem Handgemenge wurde er jedoch im Gesicht ziemlich stark verletzt, während es dem Angreifer gelang, zu entfliehen. Jedoch erwischte er in der Hast den falschen Hut und ließ den eigenen, mit den Initialen seines Namens gezeichneten Hut liegen. Dadurch konnte ihn die Polizei ausfindig machen, die ihn ins Amtsgerichtsgefängnis nach Heidenheim verbrachte.

Vermischtes.

Schlaftrunkenheit schließt Strafbarkeit aus. Ein Berliner Gericht hatte sich mit der Frage zu befassen, ob Schlaftrunkenheit die Strafbarkeit ausschließt. Ein Lehrer in Königswusterhausen war der fahrlässigen Tötung angeklagt, weil er einen Nachtwächter erschossen hatte, den er in der Schlaftrunkenheit für einen Dieb hielt. Der Gerichtsarzt stellte sich auf den Standpunkt, daß Schlaftrunkenheit eine normale Störung der Geistestätigkeit sei, und auf Grund dieses Gutachtens wurde der Angeklagte freigesprochen.

Pressebesichtigung des neuen Riesendampfers „Bremen". Der Norddeutsche Lloyd hatte zahlreiche deutsche und ausländische Pressevertreter nach Bremen eingeladen, um ihnen durch eine Besichtigung des neuen Riesendampfers „Bremen" während des Baues ein Bild von dem Werden dieses schönen und großen Werkes zu vermitteln. Nachdem die Journalisten durch den Leiter der Literarischen Abteilung des Norddeutschen Lloyds, Herrn Wilhelm Ehlers, herzlich begrüßt worden waren, besichtigten sie die „Bremen" während der Arbeit. Die Besichtigung nahm den ganzen Nachmittag in Anspruch und führte durch alle Decks von dem Labyrinth der Maschinen- und Kesselanlagen, dem untersten Teil des Schiffes, angefangen, durch die Kabinenabteilungen, die Speise- und die Gesellschaftsräume bis zu dem mehrstöckigen Promenaden- und Sportdeck. Am weitesten sind die Arbeiten an den Maschinen- und Kesselanlagen vorgeschritten; einige von ihnen sind bereits probeweise in Betrieb. Auch die Unterbringungs- und Aufenthaltsräume für die Passagiere geben schon in ihrem jetzigen Zustand einen Eindruck der architektonischen Schönheit und Schlichtheit. Wie Generaldirektor Gläßel dem Vertreter des Wolff-Büros während der Führung mitteilte, wird der Bau bestimmt bis etwa Mitte Juni beendet sein. Die „Bremen" wird dann eine etwa 10tägige Probefahrt machen und nach der praktischen Auswertung der dabei gewonnenen Erfahrungen am 16. Juli die Jungfernfahrt nach Amerika antreten. Man kann nach allem, was beim Lloyd bekannt geworden ist, wohl sagen, daß die Welt auf dieses Schiff wartet, das in seiner betrieblichen Einrichtung der modernste Ozeandampfer der Welt und ein sprechendes Zeugnis deutscher Arbeit sein wird.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Pforzheim, 24. April. (Schlachtviehmarkt.) Aufgetrieben waren 70 Tiere, und zwar ein Ochse, eine Kuh, 4 Rinder, ein Farren, 4 Kälber, 17 Schweine. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Großvieh und Schweine wie letzter Markt. Kälber b 85—87, c 78—81.

Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Pforzheim, 24. April. (Schweinemarkt.) Zugeführt 30 Milchschweine. Verkauft wurden 4 Paar zu je 84 Mk. Die vorhandenen Schweine wurden durch den Handel angeliefert. Der nächste Schweinemarkt findet am Mittwoch, den 1. Mai, vormittags 7 Uhr, auf dem Kappelhofplatz statt.

Karlsruhe, 22 April. (Viehmarkt). Zufuhr: 41 Ochsen, 4 Bullen, 31 Kühe, 117 Färsen, 231 Kühe, 67 Kälber und 135 Schweine. Bezahlt wurden je Zentner Lebendgewicht für: Ochsen 45—56, Bullen 42—49, Kühe 22—40, Färsen 46—58, Kälber 58—61, Schweine 71—78. Bestes Vieh wurde über Notiz bezahlt. Verlauf des Marktes: Bei Großvieh und Schweinen langsam, Ueberstand; bei Kälbern langsam, geräumt.

Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Neueste Nachrichten.

Meiningen, 25 April. In dem in der Nähe gelegenen St. Bernhard fanden spielende Kinder im Walde mehrere Sprengkapseln, wie sie zum Sprengen von Baumstümpfen verwendet werden. Sie nahmen die Kapseln mit nach Hause und spielten damit während der Abwesenheit der Eltern. Dabei explodierte einer der Sprengkörper und richtete starke Verwüstungen an. Ein Kind wurde auf der Stelle getötet, das andere so schwer verletzt, daß man für sein Leben fürchtet. Es konnte noch nicht festgestellt werden, weshalb die Sprengkapseln im Walde liegen geblieben sind.

Michelstadt i. O., 25 April. Auf der Straße Michelbach nach Zell stürzte am Mittwoch vormittag vermutlich wegen Versagens der Steuerung ein Auto die sehr steile Straßenböschung hinab und überschlug sich. Dabei fing der Benzintank Feuer, sodaß der Wagen sofort in hellen Flammen stand. Aus der Nachbarschaft herbeigeeilte Leute fanden in dem völlig verbrannten Auto nur noch die verkohlte Leiche. Der Verunglückte ist ein Autovertreter Kaiser aus Frankfurt a. M.

Amberg, 25. April. Vor dem hiesigen Schöffengericht hatte sich wegen Verbrechens der Verleitung zum Meineid der Waldaufseher Andreas Höll aus Nabburg, der zur Zeit im Zuchthaus Straubing eine Strafe wegen Meineides verbüßt und seine Ehefrau Barbara Höll zu verantworten. Das Gericht hielt beide trotz ihres Leugnens für überführt und verurteilte den Andreas Höll unter Einfluß früher erkannter Strafen zu einer Gesamtzuchthausstrafe von fünf Jahren und seine Frau zu zwei Jahren Zuchthaus. Von derselben Familie Höll verbüßen zur Zeit ein Sohn und eine Tochter Strafen wegen Verleitung zum Meineid und ein anderer Sohn, der wegen Meineids verfolgt wird, ist flüchtig.

Saarbrücken, 25. April. Wie verlautet, hat die Regierungskommission nunmehr den saarländischen Wünschen nach einer Sammelanleihe, mit der die dringendsten Aufgaben für öffentliche Arbeiten bestritten werden sollen, zugestimmt. Die Höhe des Anleihebetrags soll allerdings von 250 auf 187 Millionen Franken ermäßigt werden. Die Zustimmung ist grundsätzlicher Natur. Ein genauer Vorschlag über die Unterbringung der Anleihe, über ihre Modalitäten usw. liegt noch nicht vor.

Dresden, 25. April. Die Nichtigkeitserklärung der letzten sächsischen Landtagswahlen hat noch eine unvorhergesehene Situation geschaffen: Die Abgeordneten müssen nach einem Beschluß des bisherigen Landtagspräsidiums die ihnen bereits Ende März vorausbezahlten Aprildiäten wieder zurückzahlen.

Leipzig, 26. April. Zwischen zwei Gaswerken waren mehrere Gasrohre neu gelegt worden. Zum Ausprobieren eines Verschlußstückes wurde gestern ein neues Rohr von einem Gaswerk aus durch Kompressoren mit Preßluft gefüllt und vier Arbeiter unter Leitung eines Ingenieurs waren mit der Kontrolle des neuen Rohres beschäftigt. Plötzlich gab es einen lauten Knall und ein 80 Pfund schweres Verschlußstück wurde mehrere Meter weit fortgeschleudert. Vier der an der Stelle Arbeitenden wurden schwer verletzt. Die genaue Ursache des Unglücks konnte noch nicht festgestellt werden; doch wird angenommen, daß es sich um einen Materialschaden handelt und daß die Schrauben an dem Verbindungsstück zwischen zwei Rohren durch den Druck gelockert haben. Die Rohre wurden auf etwa 10 Meter Länge aufgerissen.

Berlin, 25. April. Die Reichsbank hat mit sofortiger Wirkung den Wechseldiskont von 6½ Prozent auf 7½ Prozent und den Lombardzinssatz von 7½ Prozent auf 8½ Prozent erhöht.

Berlin, 25. April. Der Privatdiskont wurde für beide Sichten um je ½ Prozent auf 7 Prozent erhöht.

Berlin, 25. April. Auf dem Müggelsee heuterte heute vormittag bei infolge Sturmes bewegtem Wellengang ein Ruderboot. Von den fünf Insassen konnten nur drei durch ein Boot des Reichswasserschutzes gerettet werden.

Berlin, 25. April. Ein Vorfall, wie das Berliner Tageblatt erhält, der die Notwendigkeit einer vernünftigen Parlamentsreform drastisch beleuchtet, ereignete sich gestern im preußischen Landtag. Der kommunistische Abgeordnete Becker hielt seine Rede, aber nicht als einziger seiner Parteifreunde war im Saal. Was den Kommunisten Recht ist, ist natürlich den übrigen Parteien billig. Herr Becker blieb allein mit dem Landtagspräsidenten und den Schriftführern im Saal und es dauerte geraume Zeit, bis aber Kommunisten sich bereit fanden, ihrem Gesinnungsgenossen ein williges Ohr zu leihen.

Berlin, 25. April. Wahrscheinlich infolge des heftigen Sturmes stürzte heute nachmittag in Reinickendorf ein etwa 10 Meter hoher Fabrikschornstein mit einem daran befindlichen Baugerüst ein. Der Schornstein fiel auf das Fabrikgebäude und durchschlug es. Eine in einem Arbeitsraum beschäftigte Arbeiterin wurde von den einstürzenden Massen verschüttet und konnte von der herbeigerufenen Feuerwehr nur noch als Leiche geborgen werden.

Berlin, 25 April. Wie die „Vossische Zeitung" berichtet, hat Reichswehrminister Gröner den Verein der Offiziere des ehemaligen königlichen 4. thüringischen Infanterieregiment 72 für einen politischen Verein erklärt, sodaß die Reichswehroffiziere, die dem Verein angehört haben, ausscheiden müssen. Das Blatt glaubt, das die Maßnahme des Reichswehrministers darauf zurückzuführen ist, daß in den Nachrichtenblatt des Vereins in letzter Zeit polemische Artikel gegen die Republik und die republikanischen Parteien gebracht wurden.

Spandau, 26 April. Gestern nachmittag wurde in seiner Wohnung der 72 Jahre alte Professor Dr. Rudolf Kuhnert erhängt aufgefunden. Als der Arzt die Leiche besichtigte, stellte er einen Brustschuß fest, der aus einem Jagdgewehr abgegeben worden war. Kuhnert trug sich bereits seit mehreren Wochen mit Selbstmordgedanken. Das Motiv zur Tat ist Schwermut.

Bütow (Pommern), 26. April. Die Kriminalpolizei verhaftete die 45jährige Ehefrau Köller, die eingestand, ihren im Februar gestor-

einem 60 Jahre alten Mann vergiftet zu haben. Die Frau hat mit einem 77 Jahre alten Rentenempfänger Nowosinski ein Liebesverhältnis unterhalten. Nowosinski ist der Mitwisser an dem Verbrechen dringend verdächtig.

Hirschberg, 25. April. In der letzten Nacht hat es im Gebirge und im Tal mehrfach sehr stark geschneit. Auf dem Kamm liegen etwa 10 Zentimeter Neuschnee. Auf der Schneekoppe waren heute morgen 9 Grad Kälte, im Tale etwa 0 Grad. Heute vormittag trat Aufheiterung und langsame Erwärmung ein.

Paris, 25. April. Das Abkommen über den deutsch-französischen Grenz-Verkehr wurde unterzeichnet. Gleichzeitig trat das Protokoll des Verbots des Giftgaskrieges zwischen den beiden Staaten in Kraft.

Paris, 25. April. Kriegsminister Painlevé hat den Leiter des Militärlazaretts von Châlons, Léon, gegen den der Vorwurf der Grausamkeit und Rohheit bei der Behandlung der kranken Soldaten erhoben war, seines Postens enthoben. Der Platzkommandant von Châlons hat gegen Léon 30 Tage strengen Arrest verhängt. In einer Auslassung des Kriegsministeriums wird jedoch betont, daß sich die Beweise der Grausamkeit oder der Ungeschicklichkeit bei der Behandlung der kranken Soldaten in keiner Weise als wahr erwiesen hätten, sondern, daß die gegen Léon ergriffenen Maßnahmen auf Grund von Ereignissen erfolgt seien, die mehrere Jahre zurückliegen und nichts mit den zurzeit erhobenen Vorwürfen zu tun hätten.

London, 25. April. Frau Lillian Ackellsmith, die, wie sich vor einiger Zeit zum allgemeinen Erstaunen herausstellte, jahrelang sich als Offizier ausgegeben und den Namen Oberst Barker angenommen hatte, wurde heute zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Anklage lautete auf intellektuelle Urkundenfälschung, die im Heiratsregister dadurch begangen war, daß sie in Brighton mit einer Frau eine Ehe eingegangen war.

Newyork, 25. April. Der amerikanische Schoner „James E. Coburn" von dem ein Rettungsboot mit zehn Mitgliedern der Besatzung vor der Küste von Nordcarolina geborgen wurde, ist am 17. d. M. etwa 300 Kilometer nördlich von den Bermudas untergegangen. Das von der Yacht „Anida" aufgefundene Rettungsboot, von diesen 10 Insassen einer tot war, ist 9 Tage lang hilflos auf der See umhergetrieben.

Peking, 25. April. Wie amtlich mitgeteilt wird, hat das diplomatische Korps einmütig beschlossen, von morgen an das Abkommen von 1919, das ein Verbot für die Beförderung von Waffen und Munition nach China einführte, aufzuheben. In der Bekanntmachung wird erklärt, daß mit dem Abschluß der Verträge und mit der Anerkennung der chinesischen Nationalregierung durch die Mehrzahl der Vertragsparteien die Durchführung des Abkommens nicht mehr vereinbar sei.

Zur Frage der Oberamtseinteilung. Schaffung von 11 Kreisverbänden.

Stuttgart, 25. April. Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Schultheiß Mößner-Münster a. N. gibt zu einem Artikel über die Verwaltungsvereinfachung in Württemberg in der „Schwäbischen Tagwacht" einen in der letzten Zeit zu dieser Frage aus Beamtenkreisen hervorgegangenen Vorschlag bekannt, der größere Beachtung verdient. Nach diesem Vorschlag sollen an die Stellen der bisherigen Amtskörperschaften 11 Kreisverbände (einschließlich Stuttgart-Stadt) treten. Diese Kreisverbände brauchen mit den staatlichen Verwaltungsbezirken nicht übereinzustimmen, die sofortige Auflösung der Mehrzahl der Oberämter wäre also nicht nötig. Die Kreisverbände sind möglichst leistungsfähig zu gestalten. Die besonders leistungsfähigen Kreise haben zur Stützung der leistungsschwächeren Bezirke beizutragen. Unter diesem Gesichtspunkt werden folgende Selbstverwaltungsbezirke vorgeschlagen: 1. Bezirk Aalen mit Neresheim ganz, von Heidenheim 15, Gmünd 21, Welzheim 8, Gaildorf 5, Ellwangen 25 Gemeinden. Gesamteinwohnerzahl: 185 405. 2. Hall mit Mergentheim, Gerabronn und Crailsheim ganz, von Ellwangen 2, Gaildorf 18, Welzheim 2, Backnang 5, Oehringen 21, Künzelsau 38 Gemeinden. Einwohnerzahl: 174 374. 3. Heilbronn mit Neckarsulm und Brackenheim ganz, von Oehringen 35, von Künzelsau 10, Backnang 4, Besigheim 9, Maulbronn 9, Marbach 7 Gemeinden. Einwohnerzahl: 217 285. 4. Stuttgart-Land mit Stuttgart-Amt, Ludwigsburg, Waiblingen, Böblingen, Vaihingen a. d. E. ganz, von Leonberg 24, Herrenberg 1, Maulbronn 13, Besigheim 10, Schorndorf 19, Marbach 19, Backnang 21, Welzheim 2, Eßlingen 14, Nürtingen 10 Gemeinden und Tübingen 1 Gemeinde. Einwohnerzahl: 451 792. 5. Calw mit Neuenbürg, Nagold, Horb, Freudenstadt ganz, von Herrenberg 26, Leonberg 3, Rottenburg u. Oberndorf je 2 Gemeinden. Einwohnerzahl: 179 507. 6. Rottweil mit Sulz, Spaichingen, Tuttlingen und Balingen ganz, von Oberndorf 26 Gemeinden. Einwohnerzahl: 214 765. 7. Ravensburg mit Tettnang, Wangen, Saulgau und Waldsee ganz, von Leutkirch 20, Biberach 4 und Riedlingen 3 Gemeinden. Einwohnerzahl: 201 694. 8. Ulm mit Ehingen und Laupheim ganz, von Biberach 40, Leutkirch 5, Riedlingen 50, Münsingen 30, Blaubeuren 29 und Heidenheim 10 Gemeinden. Einwohnerzahl: 243 634. 9. Reutlingen, hierzu von Münsingen 17, Tübingen 29, Rottenburg 24, Kirchheim 1, Urach 27, Nürtingen 19 Gemeinden. Einwohnerzahl: 205 196. 10. Göppingen mit Geislingen ganz und von Blaubeuren 3, Münsingen 1, Heidenheim 3, Gmünd 5, Schorndorf 9, Kirchheim 25, Eßlingen 3 und Urach 1 Gemeinde. Einwohnerzahl: 164 616. 11. Stuttgart-Stadt. Einwohnerzahl: 341 907. Die Organisation des Kreisverbands ist so gedacht, daß er sich einen hauptamtlichen Vorsitzenden wählt. Im übrigen wird er durch einen Verwaltungsrat verwaltet, der von den Gemeinden bezw. ihren Einwohnern teils nach der Steuerkraft, teils nach politischen Gesichtspunkten gewählt wird. Die gesetzlichen Aufgaben des Kreisverbands sind: 1. Sorge für das Verkehrswesen; 2. Bau und Unterhaltung der Kreisstraßen mit Ausnahme der Feld- und Waldwirtschaft dienenden Wege; 3. das Wohlfahrts- und öffentliche Fürsorgewesen; 4. Anstellung von Bau- und Feuerpolizei, sowie Wassertechnikern, Förderung des Feuerlöschwesens; 5. Unterstützung notleidender Gemeinden. Daneben kann der Kreisverband noch freiwillige Aufgaben übernehmen.

Hierzu schreibt der Abgeordnete Mößner: Der Vorschlag geht außerordentlich weit, ja zu weit. Man sollte nicht ohne zwingende Notwendigkeit den staatlichen Verwaltungsbezirk trennen von dem Bezirk der Selbstverwaltung, da der gemeinsame Unterbau mit mancherlei Vorteilen und Ersparnissen verknüpft ist. Es ist aber undenkbar, die Zahl der Oberamtsbezirke auf 11 herabzudrücken. Der Ersparnis an Verwaltungskosten würden im Falle einer persönlichen Inanspruchnahme der Dienstbehörden allzu große Reisekosten und Zeitversäumnis der Bevölkerung gegenüberstehen. Eine Verminderung der Zahl der Oberamtsbezirke auf etwa 30 dürfte das Richtige treffen.

Kundgebung gegen die Kriegsschuldlüge.

Stuttgart, 25. April. Der Württ. Kriegerbund veranstaltete am Donerstag abend in dem dicht besetzten Saal des Gustav Siegle-Hauses eine öffentliche Protestkundgebung gegen die Kriegsschuldlüge, der sich auch verschiedene andere Verbände altgedienter Soldaten, der Württ. Offiziersbund, die Arbeitsgemeinschaft der Regimentsvereinigungen, der Landesverband württ. Marinevereine und der Frontkämpferbund, angeschlossen hatten. Mitwirkende waren die Singchöre des Kriegerund Sängerbundes „Herzogin Wera von Württemberg" und der Vereinigung ehemaliger Olgagrenadiere. Nach einem eindrucksvollen, die Bedeutung der Frage scharf umreißenden Vortrag des um die Bekämpfung der Schuldlüge hochverdienten Obersten a. D. Dr. h. c. Schwertfeger aus Hannover wurde unter einmütigem Beifall des ganzen Saales folgende Entschließung angenommen: „Die auf Veranlassung des Württ. Kriegerbundes in Stuttgart versammelten deutschen Männer und Frauen erheben flammenden Einspruch gegen die heute — 10 Jahre nach Abschluß des Friedens — immer noch die Welt beherrschende Lüge von der Alleinschuld Deutschlands an dem großen Kriege. Sie fordern die Reichsregierung, die Landesregierungen, alle öffentlichen und privaten Verbände, alle vaterländisch denkenden und fühlenden Deutschen auf, sich mit Wort und Tat dafür einzusetzen, daß endlich diese Lüge aus der Welt geschafft und dadurch der Boden bereitet wird für einen Frieden, der sich auf Wahrheit und Gerechtigkeit gründet."

„Graf Zeppelin" glatt gelandet.

Friedrichshafen, 25. April. Nach 57stündiger ununterbrochener Fahrt ist das Luftschiff „Graf Zeppelin" bei schwachem Nord-Ost-Wind und bedecktem Himmel um 10.24 Uhr abends glatt gelandet.

Die Fahrt des „Graf Zeppelin" entlang der Riviera wurde hinter San Remo abgebrochen. Die Rückfahrt vollzieht sich in ganz geringer Höhe über den Gärten und Villen an der Küste. Blumen und Menschen grüßen heraus. Bei Nizza wurden Flaggengrüße mit englischen Kriegsschiffen getauscht. Das Rhonetal wurde bei Avignon wieder erreicht. Um 4 Uhr war das Luftschiff über Valence. Um 7 Uhr befand sich das Luftschiff „Graf Zeppelin" bei Salins, 8.20 Uhr wurde Basel überflogen in Richtung Friedrichshafen.

Zur Nachtlandung des „Graf Zeppelin".

Friedrichshafen, 25. April. Die nächtliche Landung des „Graf Zeppelin" nach der Rückkehr von seiner zweiten Mittelmeerfahrt, in deren Verlauf das Schiff eine Strecke von rund 5500 Km. zurückgelegt hat, gestaltete sich zu einem Schauspiel von unerhörter Schönheit. Kaum hatte sich die Nachricht von der bevorstehenden Landung in der Stadt verbreitet, setzte auch wieder der lebhafte Verkehr auf den zum Gelände führenden Straßen ein, wie man ihn von nächtlichen Aufstiegen her gewohnt war. Um dem Ankömmling die Orientierung zu erleichtern, hatte man neben einem Scheinwerfer am Rande des Geländes alle verfügbaren Lichtquellen in Tätigkeit gesetzt, zumal die Nacht angesichts des bedeckten Himmels ziemlich dunkel war. Schon lange vor Ankunft des Schiffes standen die Halte- und Polizeimannschaften zum Eingreifen bereit. Das böige Wetter, das tagsüber geherrscht hatte, war fast völliger Windstille gewichen. Fünf Minuten nach 10 Uhr steuerte „Graf Zeppelin", der anfangs nur an den roten Punkten der Positionslichter zu erkennen war, zum zweiten Mal gegen den leichten Nordost den Landungsplatz an, überquerte ihn jedoch nochmals, während die Maschinisten den Untenstehenden mit ihren Taschenlampen Grüße signalisierten. Um 10.17 Uhr erschien das Schiff dann von Westen her wieder über dem Werftgelände und setzte endgültig zur Landung an. Ueber dem südwestlichen Zipfel des Landungsplatzes, hart an den Werkstätten der Maybach-Motoren-Werke, wurden die Motoren abgestoppt. Langsam, Meter um Meter näherte sich allmählich die dunkle Masse des Schiffskörpers dem Boden, ohne daß die schweren Haltetaue zur Verwendung kamen. Acht Minuten später war der Abstieg geglückt, „Graf Zeppelin" sicher in den Händen der Landungsmannschaften — bei der beschränkten Landungsfläche und den Ausmaßen des Schiffes eine Bravourleistung der Besatzung. Um 10.45 Uhr hatte die große Halle den L. Z. 127 wieder aufgenommen. Die Passagiere, die sich über den Verlauf der Fahrt, die Annehmlichkeiten und die Verköstigung an Bord in begeisterten Worten äußerten, begaben sich, wie auch Dr. Eckener, sofort in bereitstehenden Kraftwagen in ihre Quartiere.

Schreckliches Explosionsunglück.

Nürnberg, 25. April. In der Mars-Bleistiftfabrik J. S. Staedler ereignete sich heute nachmittag im dritten Stockwerk eine Explosion. Sofort nach dem Knall schlugen die Flammen aus den Fenstern des dritten Stockwerkes. Der Feuerwehr gelang es, nach ½stündiger Tätigkeit das Feuer soweit einzudämmen, daß keine Gefahr mehr bestand. Die an der Unglücksstelle eingetroffenen Sanitätskolonnen brachten die Verletzten ins Krankenhaus. Es werden bereits 6 Tote und 8 teils Schwer- teils Leichtverletzte gemeldet. Es ist jedoch damit zu rechnen, daß sich diese Angaben noch ändern werden. Infolge der strengen Absperrmaßnahmen ist es schwer, Einzelheiten über das Unglück zu erlangen. Auch über die Ursache der Explosion steht noch nichts fest, da die Firma jede Auskunft verweigert. Das dritte Stockwerk, soweit es der Fabrikation diente, ist ausgebrannt. Die Belegschaft des Stockwerks, meist Frauen, konnten nur mit Mühe das Freie erreichen. Die Ursache der Explosion konnte noch nicht einwandfrei festgestellt werden. In dem Unglückssaal waren 31 weibliche und 2 männliche Personen beschäftigt. Der Arbeiter, der die Bohrmaschine zu bedienen hatte, konnte mit brennenden Kleidern den Arbeitsraum noch verlassen. Ein Ingenieur erstickte die Flammen mit seiner Jacke. Der Arbeiter wurde lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus gebracht. Eine Arbeiterin stürzte sich brennend vom dritten Stock in den Hof. Sie war sofort tot. Von den ins Krankenhaus eingelieferten Verletzten sind inzwischen 2 verstorben. Die Zahl der Toten hat sich dadurch auf 8 erhöht. Von den 10 in ein Krankenhaus eingelieferten Verletzten konnten 4 leichter Verletzte wieder entlassen werden. Die Feststellung der Toten macht große Schwierigkeiten. Bis jetzt konnten nur 2 Arbeiterinnen durch einen Verlobungsring und ein Halskettchen erkannt werden. Infolge der Rauchentwicklung und des panikartigen Schreckens fanden die im Arbeitssaal Eingeschlossenen nur schwer den Ausgang, worauf die hohe Zahl der Toten und Verletzten zurückzuführen ist. Die Toten sind bis zur Unkenntlichkeit verkohlt. Es handelt sich meistens um Frauen. Vor der Fabrik hat sich eine große Menschenmenge angesammelt. Die Angehörigen der noch Vermißten warten in tiefer Besorgnis auf Nachrichten über das Schicksal der Ihrigen.

Urteil eines französischen Militärgerichts gegen einen deutschen Lehrer.

Landau, 25. April. Bei einem Ausflug, den der Lehrer Huether aus Bergzabern am 14. März mit seiner Schulklasse in die benachbarten Wälder unternommen hatte, wurde u. a. auch das Deutschlandlied gesungen. Als 2 französische Gendarmen erschienen, unterbrachen die Kinder den Gesang. Der Lehrer machte sie darauf aufmerksam, daß sie ruhig weitersingen könnten, denn die interalliierte Rheinlandkommission habe das Singen des deutschen Nationalliedes im besetzten Gebiet gestattet. Dieser Vorgang war Gegenstand einer Anklage, die vor dem Militärpolizeigericht in Landau verhandelt wurde. Der Staatsanwalt beantragte 5 Tage Gefängnis und 200 Mark Geldstrafe. Senatspräsident Dr. Fuehr verlangte unter Hinweis auf die Verfügung der Rheinlandkommission, die das Deutschlandlied zulasse, einen Freispruch. Das Gericht verurteilte den Lehrer Huether zu 3 Tagen Gefängnis mit Strafaufschub und 30 Mark Geldstrafe.

Das Notsignal der Reichsbank.

Berlin, 25. April. In der Zentralausschußsitzung der Reichsbank wurde beschlossen, den Reichsbankdiskont und den Lombardsatz um je ein volles Prozent auf 7½ bzw. 8½ vom Hundert zu erhöhen. Vom Reichsbankdirektorium wurde mitgeteilt, daß die Abgabe der Reichsbank seit Ende vorigen Jahres an Gold und Devisen den Betrag von 1084 Millionen erreicht habe, darunter allein an Gold 570 Millionen. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Währungsdeckung ausreiche und **die Sicherung der Währung unter allen Umständen gewährleistet sei.** Von seiten der Wirtschaft seien Devisenanforderungen in größerem Maße als notwendig gemacht worden; man könne von Angst- und Vorratskäufen sprechen. Hierin liege zwar eine gewisse Reserve; die Reichsbank sei aber gewillt, wenn innerhalb der Wirtschaft falsche Dispositionen getroffen würden, hiergegen durch das wirksame Mittel von Restriktionen anzugehen.

Richtigstellung zur Diskontpolitik der Reichsbank.

Berlin, 25. April. Die gestrige Sitzung des Transferkomitees hat der Havasagentur Anlaß zu Kombinationen und Schlußfolgerungen gegeben, die nicht anders gewertet werden können als eine beabsichtigte Untergrabung des deutschen Kredits im Auslande. Sie behauptet, daß gewisse ausländische Banken es für klüger erachtet haben, ihre Depots aus Deutschland zurückzuziehen. Bisher ist von einer solchen Zurückziehung ausländischer Kredite in Deutschland noch nichts zu spüren gewesen. Wenn diese versteckte Aufforderung der Havasagentur aber zu solchen Zurückziehungen führen sollte, dann wird man wissen, von welcher Seite zuerst das Signal dazu und zu den sich daraus etwa ergebenden Transferschwierigkeiten gegeben worden ist. Offenbar haben die Mitglieder des Transferkomitees das Unverantwortliche und Gefährliche einer solchen Stimmungsmache in der Presse erkannt, denn die Reparationskommission hat heute folgendes Communiqué herausgegeben: „Der Transferausschuß hat gestern seine übliche Monatssitzung abgehalten. Entgegen den in der Presse erschienenen Nachrichten haben weder der Ausschuß selbst noch der Vorsitzende irgend eine Mitteilung an den Reichsbankpräsidenten hinsichtlich des Diskontsatzes der Reichsbank gemacht. Der Ausschuß hat, wie allmonatlich, die üblichen Transferierungen auf Reparationskonto genehmigt." Tatsächlich hat die Reichsbank den Devisen- und Goldabfluß in der letzten Zeit mit steigender Sorge verfolgt und war bereits vor der Sitzung des Transferkomitees zu einer Erhöhung des Diskontsatzes entschlossen. Sie hat nur den Wochenausweis vom 23. April noch abgewartet, um sich einen vollen Ueberblick über den Gesamtstatus der Reichsbank zu verschaffen, um das Ausmaß der notwendigen Diskonterhöhung beurteilen zu können. Sie hat, sobald dieser Ausweis vorlag, die sich daraus ergebende Konsequenz gezogen.

Die Reichskredite vor dem Reichstag.

Berlin, 25. April. Mit dem neuen Kreditermächtigungsgesetz, das die Regierungsparteien eingebracht haben, beschäftigte sich heute zunächst der Ausschuß, hernach das Reichstagsplenum. Die Debatte, die sich hier abrollte, war im wesentlichen ein Abklatsch des Meinungsaustausches im Ausschuß. Graf Westarp brachte noch einmal die Bedenken seiner Partei vor, gab allerdings gleichzeitig zu, daß der Finanzminister den Wunsch, reinen Wein einzuschenken, erfüllt habe und zeigte sich über Herrn Hilferdings angekündigte Reform der Arbeitslosenversicherung sehr befriedigt. Der Finanzminister erläuterte noch einmal die sehr verwickelten finanztechnischen Vorgänge, die zu der Leere des Staatssäckels geführt haben, nicht ohne dabei auf die Sünden seiner Vorgänger zu verweisen. Obwohl seine Schilderungen ein ziemlich trostloses Bild ergaben, glaubte er doch, vor einer übertriebenen pessimistischen Darstellung der Sachlage warnen zu müssen. **Vor allem: es sei kein Grund, an der Stabilität der Währung zu zweifeln. Man brauche keine Angst vor einer neuen Inflation zu hegen.** Die Vorlage, die am Freitag endgültig verabschiedet werden soll, wurde dann mit den Stimmen der Regierungsparteien angenommen. Bemerkenswert war, daß der Sozialdemokrat Keil, womit er sich in Gegensatz zu dem Finanzminister stellte, einen heiligen Eid leistete, die Sozialdemokraten würden einen Abbau in der Arbeitslosenversicherung nicht dulden. Die Beratung des Haushalts des Reichsarbeitsministeriums, die zum Schluß noch in Angriff genommen wurde, gedieh nicht weit. Nach einem Klagelied des Deutschnationalen Haßlacher über die ständig anschwellenden sozialen Lasten vertagte sich das Haus.

Guerard für die Todesstrafe.

Berlin, 25. April. Der Strafrechtsausschuß des Reichstags setzte am Donnerstag die Aussprache über den Tötungsparagraphen fort. Reichsjustizminister v. Guerard hielt es angesichts der ausgedehnten früheren Erörterungen des Ausschusses nicht für richtig, die ganze Aussprache aufs neue aufzurollen. Die Herbeiführung einer endgültigen Stellungnahme des Reichskabinetts behalte er sich bis zur zweiten Lesung vor. Persönlich habe er sich im Gegensatz zu seinem Amtsvorgänger nicht davon überzeugen können, daß der Zeitpunkt für die Abschaffung der Todesstrafe schon gekommen sei. Er sei der Meinung, daß in dieser Frage jedes Volk ohne die Rechtsangleichung mit Oesterreich zu gefährden, für sich nach seinen Notwendigkeiten entscheiden könne. Die Todesstrafe sei der Ausdruck der höchsten Macht des Staates und seines Willens, das Leben Unschuldiger durch die Verhängung der Todesstrafe vor Schuldigen zu schützen. Ein Vollzug sühne am augenfälligsten die scheußlichen Taten, für die sie in Zukunft allein nach seiner Meinung nur noch in Betracht kommen könne. Zu den Anwesenden erklärte der Minister, die Verhandlungen des Ausschusses hätten gezeigt, daß praktisch in Deutschland kein Fall der Vollstreckung einer unbegründeten Todesstrafe bekannt sei.

Bezirksfeuerwehrverband Neuenbürg.

Der diesjährige Bezirkstag

findet am **Sonntag den 26. Mai 1929** in **Höfen** statt. Beginn der **Kommandantenversammlung** vormittags **9 Uhr.**

Tagesordnung:

Jahresbericht, Kassenbericht, Anträge, Wahl des nächsten Tagungsortes, Vorträge, Verschiedenes.

Etwaige **Anträge** sind bis spätestens **10. Mai** d. Js. bei dem Vorsitzenden, Kommandant Großmann in Höfen, schriftlich einzureichen.

Näheres Programm geht den Wehren des Bezirks demnächst zu.

Neuenbürg, den 25. April 1929.

Der Bezirksausschuß.

J. A.: Vors. Großmann. Schriftf. Hartmann.

Damen-Mäntel
Damen-Kleider

Mod. elegante Formen. Große Auswahl, billigste Preise!

Konfektionshaus

J. Förschler, Birkenfeld,

Göthestraße 2.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Birkenfeld, den 25. April 1929.
Trauerhaus Wildbader Straße 26

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unser lieber Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel

Herr Otto Trentzsch

heute nacht 2 Uhr infolge Schlaganfall im Alter von 48 Jahren sanft entschlafen ist.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Erich, Hertha und **Gertrud Trentzsch.**
Familie Theodor Müller, Gemeindepfleger a. D., Birkenfeld.
Familie Hermann Trentzsch, Bobenneukirchen i. V.

Die Beerdigung findet am Samstag nachmittag 3¼ Uhr statt.

Birkenfeld, den 25. April 1929.

Heute früh 2 Uhr verschied infolge Schlaganfall unerwartet rasch unser hochverehrter Chef

Herr Otto Trentzsch

in Firma Kling & Trentzsch.

Wir verlieren in ihm einen herzensguten, stets hilfsbereiten Chef und Berater. Das Schicksal hat ihm mitten aus seinem arbeitsreichen Leben gerissen. Ein treues Gedenken werden wir ihm stets bewahren.

Die Mitarbeiter der Firma
Kling & Trentzsch, Baustoffgroßhandlung.

Calmbach, 24. April 1929.

Unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel

Georg Friedrich Kiefer,

früherer Adlerwirt und Holzhändler,

ist heute abend 5 Uhr nach kurzem, schweren Leiden im Alter von 75 Jahren sanft entschlafen.

In tiefem Schmerz:

Dr. Friedrich Kiefer, Ministerialrat, Stuttgart.
Sofie Reuther, geb. Kiefer, Calmbach.
Gottlob Kiefer mit Familie, Calmbach.
Karl Kiefer mit Familie, New-York.
Robert Kiefer mit Familie, Buenos-Aires.
Emil Kiefer mit Familie, Calmbach
und die Enkelkinder.

Beerdigung: Samstag nachmittag 2 Uhr.

Gewerbe-Verein Birkenfeld.

Der Verein gibt Kenntnis von dem Ableben seines Mitgliedes

Herrn **Otto Trentzsch**

und beteiligt sich an der Beerdigung am Samstag nachmittag. Zusammenkunft beim Hotel „Schwarzwaldrand".

Krieger- und Militär-Verein Birkenfeld.

Von dem Ableben unseres Kameraden

Otto Trentzsch

werden die Kameraden geziemend in Kenntnis gesetzt. Beerdigung Samstag 3 Uhr. Sammlung im Lokal 2 Uhr. Zahlreiche Beteiligung erwartet

Der Ausschuß.

Wildbad.

Tüchtiger, zuverlässiger

Knecht

kann sofort eintreten.

Wilhelm Schill,
Baugeschäft.

Calmbach.

Am Samstag den 27. April, vormittags 8 Uhr kommen im Wege der Zwangsvollstreckung folgende Gegenstände zur Versteigerung:

1 Ovalfaß, 218 Liter haltend und 120 Stück Backziegel.

Zusammenkunft beim Rathaus.

Hähle, Gerichtsvollzieher.

Stadtpflege Neuenbürg.

Schlagraum-Verkauf.

Am **Montag den 29. April 1929,** abends 6½ Uhr, werden aus der Abtlg. 2 unt. südl. Buchberg 8 Lose Schlagraum, tannen und buchen, im Rathaus öffentlich versteigert.

Stadtpfleger Essich.

Forstamt Simmersfeld.

Stangen-, Beigholz- und Reisig-Verkauf

am **Samstag den 4. Mai 1929,** mittags 12 Uhr, in Simmersfeld im „Hirsch" aus Staatswald III Eisele, Abt. 7, 14, 16, 23, 24, 27, IV Enzwald, Abt. 7, 8, 12, 14, 18, 19, 24, 25, 34, 35, V Spielberg, Abt. 1, 2, 3, 4, 8, VI Hagwald Abt. 2, 8, 9 und 10, sowie Scheidholz aus IV bis VI: 65 buch. Schtr., 42 Prgl., 13 Klotzh., 18 Anbr., 6 Nadelh.-Schtr., 377 Prgl., 11 Klotzh., 322 Anbr. Stangen: 185 Hopfenstangen 1., 55 II. Kl., sowie zirka 10000 geschälte Reisig-Wellen.

Jüngeres

Mädchen

gesucht, für Küche und Haushaltung, nicht unter 18 Jahren. Eintritt per sofort.

Friedrich Karcher
zur Pilsner Bierhalle,
Cannstatt, Karlstr. 71.

Liederkranz Neuenbürg.

Morgen **Samstag den 27. April,** abends 8 Uhr,

Vierteljahrs-Versammlung

im Lokal **Schwanen,** wozu die aktiven und passiven Mitglieder freundlichst eingeladen werden.

Der Vorstand.

Weg. Platzmangel verkaufe ich zu staunend bill. Preis

12 sehr gute eichene

Schlafzimmer

bestehend aus je einem Stück Spiegelschrank, einer großen Waschkommode mit Spiegelaufsatz u. weiß. Marmor od. Toilettentisch, 2 Nachttischen und 2 Bettstellen, von

Mk. 450.—

an, ebenso 12 feine birkene Schlafzimmer, bestehend aus je 1 3teil. Spiegelschrank, einer großen Toilette od. Waschkommode, 2 Nachttische mit weiß. Marmor od. Glasplatte, 2 Bettstellen, von

Mk. 900.—

an. Sämtliche Zimmer in feinste Ausführg. u. können zu diesem Preis nicht mehr nachgeliefert werden.

W. Engelthaler,
Pforzheim,
Möbel- u. Dekorationsgeschäft,
Grenzstr. 11. — Maximilianstraße 3, Tel. 2533

Anläßlich unseres Wegzuges sagen wir allen Bekannten und Freunden ein

herzliches Lebewohl!

Notar Pieper und Frau.

Neuenbürg—Conweiler.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Freunde und Bekannte zu unserer am

Sonntag den 28. April 1929
im Gasthaus z. „Waldhorn" in Conweiler

stattfindenden

Hochzeits-Feier

freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung annehmen zu wollen.

Karl Harr,
Sohn des Gottlieb Harr, Neuenbürg.
Lydia Reh,
Tochter des † Friedrich Reh, Conweiler.

Kirchgang um ½11 Uhr in Conweiler.

Birkenfeld.

Der Bürger-Verein

ladet seine Mitglieder, sowie sämtliche Grundeigentümer, welche Interesse haben an der **Feldbereinigung II und III,** auf **Samstag abend 8 Uhr** zu einer

Versammlung

ins **Gasthaus z. „Adler"** (Saal) höflichst ein.

Der Ausschuß.

Krieger-Verein Herrenalb.

Die diesjährige

Frühjahrs-Versammlung

findet am **Sonntag den 28. April,** 3 Uhr nachmittags, bei Kamerad **Boos z. „Bahnhof"** statt.

Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet mit kameradschaftlichem Gruß

der Ausschuß.

Radfahrer-Verein Schwann.

Am **Sonntag den 28. ds. Mts.** findet unser diesjähriges

Eröffnungs-Fahren

verbunden mit Bahn-Rennen auf dem Sportplatz statt. Anschließend **Tanz** im Gasthaus z. „Waldhorn". Beginn der Rennen **mittags punkt ½2 Uhr.**

Hierzu sind Freunde und Gönner des Vereins höflichst eingeladen.

Der Ausschuß.

Schallplatten

alte können für neue umgetauscht werden, bei

Musik-Hohnloser Pforzheim, Turnplatz, Weiherbergstr. 3.

Inserate heben den Umsatz!

Neuenbürg.

Samstag

Schlachtpartie

bei

Fritz Silbereisen
zum „Ratsstüble".

Konto-Büchlein
C. Meeh'sche Buchhandlung.

Zur Mostbereitung!

Prima

Mostrosinen

gelbe Candia und **schwarze Cypro**
billigst.

Heinen's Mostansatz

in 50, 100 u. 150 Ltr.-Port.

5 Proz. Rabatt!

Pfannkuch